



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 17.11.2021, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1	Aktionsprogramm "Ludwigsburg bleibt dran - Mit Power aus der Pandemie" der Stadt Ludwigsburg - Freigabe von Sondermitteln aus dem Fonds Jugend, Bildung, Zukunft	Vorl.Nr. 282/21
-------	--	-----------------

Beschluss:

1. Dem Aktionsprogramm „Ludwigsburg bleibt dran – Mit Power aus der Pandemie“ der Stadt Ludwigsburg wird zugestimmt.
- 2.1. Befristet bis Ende des Schuljahres 2022/23 werden 190.000 € des Vermögens des Fonds Jugend, Bildung, Zukunft als Sondermittel für Projekte zum Ausgleich Corona bedingter Folgen bei Kindern und Jugendlichen freigegeben.
- 2.2. Für die Mittelvergabe gelten die in Anlage 1 gelisteten Bewilligungsgrundsätze.
- 2.3. Die Förderentscheidung obliegt bis zu einem Gesamtbetrag von 5.000 € der Ersten Bürgermeisterin, darüber hinaus dem Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales.
- 2.4. Anträge auf reguläre Mittel aus dem Fonds Jugend, Bildung, Zukunft bleiben hiervon unberührt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. EBMin Schmetz prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Online zugeschaltet ist Stadträtin Shoaleh. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt. EBMin Schmetz berichtet über die Corona Pandemie und die massiven Beeinträchtigungen dadurch. Alle Veranstaltungen und Begegnungsmöglichkeiten sowie die Rahmenbedingungen für das gesellschaftliche Zusammenleben seien beeinträchtigt. Danach ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

Es erfolgt ein Bericht durch EBMIn **Schmetz** und die **Geschäftsführerin** des Fonds sowie durch die **stellvertretende Fachbereichsleiterin** Bürgerschaftliches Engagement, Soziales und Wohnen, die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur, den **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie, den **Leiter** des Fachbereiches Sport und Gesundheit und die **Gleichstellungsbeauftragte** anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMIn **Schmetz** nennt den Fonds eine „Schmuckschatulle“ und ein Glücksfall für Ludwigsburg. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** spricht ihren Dank an die Fachbereiche aus.

Stadtrat **Meyer** dankt ebenso und geht auf die Berichte der einzelnen Fachbereiche ein. Er wünscht mehr Gebrauch durch die Ludwigsburg Card Inhaber und hierfür eine zentrale Anlaufstelle in der Verwaltung. Er fragt nach einer Bedarfsanalyse beziehungsweise einem Bericht durch die Schulsozialarbeit. Eine quartalsweise Berichterstattung im Ausschuss sieht er als nicht notwendig an.

Man sei schon wieder mittendrin in der Pandemie. Wie viel muss das bei jungen Menschen anrichten, die weniger stabil sind als Erwachsene, kommentierte Stadträtin **Moersch**. Es sei eine dramatische, traumatisierende Situation für junge Menschen und enorm wichtig, den Blick auf sie zu richten. Der Fonds sei ein Glücksfall. Der Jugendgemeinderat solle in die Planungen einbezogen werden, fordert sie. Dieser habe Kontakt zu den Gleichaltrigen und den Corona Problemen dieser Generation. Jedoch sollten auch ältere Menschen nicht vernachlässigt werden. Sie dankt den Fachbereichen für die breite Übersicht und die Überlegungen.

Stadträtin **Metzger** sieht die Verantwortung bei allen Akteuren in Ludwigsburg, nicht nur bei der Stadtverwaltung. Der Fonds biete für die Umsetzung gute Möglichkeiten für bedarfsgerechte Projekte.

Stadtrat **Heer** dankt allen Beteiligten. Ein Ende der Pandemie sei leider noch nicht absehbar.

Der Antrag Nr. 354/21 sei als erledigt anzusehen, so Stadtrat **Müller**. Er dankt für die gute Zusammenstellung der Maßnahmen. Die fehlende Bestandsaufnahme bemängelt er. Er fragt, welche Programme hinsichtlich der Pandemie zeitnah begonnen werden und wie viele Maßnahmen über den Fonds finanziert werden können.

Derzeit seien viele Angebote in eine andere Form umgewandelt worden, antwortet EBMIn **Schmetz**. Eine Bestandsaufnahme könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen. Man versuche möglichst viele Angebotsstrukturen zu erhalten. Bezüglich der Höhe der Sondermittel von 190.000, -- Euro habe man sich am Bund orientiert. Anfragen und Kooperationen zu den Bundesmitteln organisieren die Schulen und die Jugendhilfe selbst. Die Ludwigsburg Card sei mit wenig bürokratischem Aufwand organisiert. Hierzu gebe es keine Archivierung. Man werde das Bildungs- und Teilhabepaket sowie die wirtschaftlichen Unterstützungsmöglichkeiten auf der Homepage dezentral bewerben. Die Befragung bei den Kinder- und Familienzentren werde in einer kommenden Sitzung vorgestellt. Mit den Trägern seien intensive Gespräche geführt und die unterschiedlichen Facetten aufgegriffen worden. Der Fonds gebe für die Trägerlandschaft gute Möglichkeiten für eine Nutzung. Sie lasse über die Vorlage abstimmen. Ein Quartalsbericht wird in Form einer Infovorlage erfolgen. Das Gremium geht hierbei mit.

Beratungsverlauf:

Mit der Beratung zu Tagesordnungspunkt 1 ist die Anfrage Nr. 354/21 erledigt.

Beschlussempfehlung:

Die Neufassungen der Entgeltordnung zur Benutzung Ludwigsburger Sportstätten (Anlagen 1 und 2) treten zum 01.01.2022 beziehungsweise zum 01.01.2023 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Das Integrierte Stadtteilentwicklungskonzept Eglosheim wird als informelle Planung im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen. Es dient als ganzheitlicher Orientierungsrahmen der zukünftigen Stadtteilentwicklung Eglosheims.
2. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des STEP-Prozesses Eglosheim. Für die konkrete Umsetzung einzelner Maßnahmen mit Kostenfolgen sind jeweils gesonderte Beschlüsse in den gemeinderätlichen Gremien erforderlich.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Müller

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bürgerbüro Bauen informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Sie lobt das große Engagement der Bürgerschaft und des Stadtteilausschusses.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** dankt allen Beteiligten und lobt das gute Vereinsleben. Sie fragt, wie mit dem Gebäudeleerstand umgegangen wird.

Stadtrat **Meyer** dankt ebenso. Eglosheim habe eine Pionierfunktion und eine aktive Bürgerschaft. Er fragt, ob die Hochschulen eingebunden seien.

Stadtrat **Dengel** schließt sich dem Dank an. Er lobt das erfolgreiche Konzept und die agile und interessierte Bürgerschaft.

Stadtrat **Juranek** geht ebenso mit den Vorrednern mit. Eglosheim habe vom Stadtteilentwicklungsverfahren profitiert. Die Nähe zur Autobahn, die Teilung durch die B27 und die städtebauliche Struktur prägen den Stadtteil. Er geht auf die aktuelle Haushaltssituation ein. Hoffnungen sollen nur für finanzierbare Projekte geweckt werden, sonst werde Frustration erzeugt.

Das Image habe sich stark verbessert und die Entwicklung für Eglosheim sei gut, merkt Stadtrat **Heer** an. Handlungsbedarf sieht er beim Thema Parksituation an der Hochschule und wünscht eine aktive Einbindung der Bürgerschaft.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Bürgerbüro Bauen geht auf die offenen Fragen ein. Im Stadtteil sei der Gebäudeleerstand gering. Das Referat Wohnen werde auf die Eigentümer zugehen. Die Hochschulen seien nicht explizit einbezogen worden. Für den Bereich Mobilität stehe man jedoch im Austausch mit den Hochschulen. Sie dankt für den Hinweis.

EBMin **Schmetz** spricht ihren Dank an alle Beteiligten aus und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die städtische Förderung des Kindertagheims Charlottenkrippe, Wilhelmstraße 44-48, wird für das Rechnungsjahr 2020 auf brutto 2.878.889,64 € festgesetzt.
Die Abschlagszahlungen für das Rechnungsjahr 2022 werden lt. Wirtschaftsplan der Charlottenkrippe in einer Höhe von 3.166.300 € ausbezahlt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Müller

Beratungsverlauf:

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie gehen auf die Mitteilungsvorlage anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, ein.

Uns fehlen bisher die zentrale Infrastruktur und die Medianausstattung, so ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** freut sich über die Fördermittel. Der Wandel müsse früh professionell begleitet werden. Sie fragt, ob das Konzept auf die städtischen Kitas begrenzt sei oder ob alle Träger zugreifen können. Weiter interessiert sie, wer die Pflege des Elternportals und die Beantwortung der Fragen übernehme. Das Personal könne dies nicht zusätzlich leisten, meint sie. Zudem will sie wissen, ob die Entwicklung der Kinder tagesaktuell eingebunden werde. Es sei eine Gratwanderung zwischen digitalen und analogen Medien. Die Akquirierung von Fachkräften sei enorm wichtig.

Stadträtin **Dr. Traub** sieht hierdurch für die Kommunikation, insbesondere während Corona, eine Erleichterung. Sie ist aber angesichts des geplanten Einsatzes digitaler Medien im Kindergartenalltag skeptisch. Studien belegen die negativen Auswirkungen des Medienkonsums. Kinder müssten nicht nur Medienkompetenz, sondern auch Medienabstinenz lernen. Je stärker der Medienkonsum, desto häufiger trete Schlafmangel, psychische oder Haltungsschäden auf. Sie fragt nach den Folgekosten.

Stadträtin **Moersch** sieht viele Vorteile, etwa in der Vernetzung der Eltern. Sie mahnt jedoch, dass die natürlichen Spielabläufe der Kinder durch digitale Einflüsse nicht gestört werden dürfen. Weiter spricht sie ebenso die Gewinnung von Fachkräften und das weitere Vorgehen nach Projektende an.

Viele Aufgaben können hierdurch erleichtert werden, so Stadträtin **Metzger** und weist auf die Wichtigkeit von Schulungen für das Personal hin.

Stadtrat **Heer** fragt ebenso nach den Folgekosten für den städtischen Haushalt, unter anderem interessieren ihn die Personalkosten nach Ablauf des Projektes.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Die Implementierungsphase sei am aufwendigsten. Die Eltern in der Stadt können von der Digitalisierung des Anmeldeverfahrens profitieren. Für die Kita-App müssen klare Spielregeln definiert werden. Medienabstinenz gehöre ebenso einbezogen. Es sei ein anderes Kommunikationsformat. Mit Mails oder mit der Post erreiche man nicht mehr alle Eltern. Mit dieser Digitalisierungsoffensive in der Kindertageseinrichtung ist Ludwigsburg einer der ersten Träger in Baden- Württemberg, der für den pädagogischen Alltag, die Leitungsarbeit, die Kommunikation mit Eltern und die Verwaltung von Kitas ein vollausdifferenziertes Konzept initiiert, das anderen Trägern zur Orientierung dienen kann. Durch die Digitalisierungsoffensive hoffe man auch, neue, junge Fachkräfte zu gewinnen.

Beschluss:

Beschluss durch den Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS)

1. Der Sanierung und Erweiterung der Fachklassenräume (Naturwissenschaften) in der Justinus-Kerner-Gemeinschaftsschule mit künftig einem Lehrübungsraum Physik, einem Lehrübungsraum Chemie, einem Lehrübungsraum Biologie, einem Vorbereitungsraum für Chemie, einem Vorbereitungsraum für Physik und Biologie sowie jeweils ein Sammlungsraum für Chemie und Biologie wird zugestimmt.

Beschluss durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL)

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften beschließt, die Sanierung und Erweiterung der Fachklassenräume der Justinus-Kerner-Schule, Berliner Platz 2, auf der Grundlage der beiliegenden Planung mit Projektkosten von rd. 1.75 Mio. EUR inklusive 19% MwSt. (Kostengruppen 300, 400, 600 + 700, einschl. Zuschläge). Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2022.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Müller

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** und der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie gehen auf die Vorlage anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, ein. Die Ausstattung entspreche nicht mehr den Anforderungen des aktuellen Bildungsplans und weist erhebliche Sicherheitsmängel auf. Die Schule habe den Mangel bisher kreativ und pragmatisch gelöst.

EBMin **Schmetz** dankt der Schule für die bisherige praktische Lösung und eröffnet die Aussprache.

Ein fachgerechter Unterricht müsse möglich sein, so Stadträtin **Wiedmann**. Weiter fragt sie, ob eine Lüftungsanlage zeitgleich eingebaut werde.

Stadtrat **Meyer** wundert sich über die heutige Vorlage und fragt nach dem Fachklassentrakt des Mörike-Gymnasiums. Wir wollen allen Schulen gute Möglichkeiten geben, meint er. Die Notwendigkeit werde gesehen. Er fragt nach möglichen Förderungen. Zudem will er wissen, ob eine Lüftung eingeplant sei.

Stadträtin **Moersch** nennt die Ausstattung vorsintflutlich. So könne man schwerlich die Leidenschaft für Naturwissenschaften wecken, fügt sie hinzu. Sie spricht der Schule ihren Respekt für den jahrelangen Umgang mit dieser Situation aus.

Auch für Stadtrat **Juraneck** kommt dieses Bauvorhaben unvorbereitet, da dies bisher nicht in der Prioritätenliste aufgenommen sei. Das Raumprogramm sei notwendig und er wird der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Heer** fragt, ob der Ausbau im laufenden Betrieb vorgesehen sei.

Der Umbau soll in den Ferien und abschnittsweise während der Schulzeit stattfinden. Räume zum Ausweichen gibt es, wenn die Grundschüler der Fuchshofschule, die bisher im Gebäude untergebracht sind, ab Sommer 2022 in den Neubau umziehen. Bis Ende 2023 soll der Fachklassentrakt fertig sein, merkt der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie an. Die Fragen zum Thema Lüftung werde er an den Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft weitergeben. Bezüglich der Fördermittel stehe man im Austausch mit dem Regierungspräsidium.

Wir werden das Mörike-Gymnasium im Blick behalten, so EBMin **Schmetz** und stellt Ziffer 1 der Vorlage zur Abstimmung.

Im Anschluss beendet EBMin **Schmetz** den öffentlichen Teil der Sitzung.